



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0898 890

P/XXIV/251 - 4. November 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	Echternacher Springprozession Fortschritt in Genf - Rückschritt in Paris und Bonn	35
2 - 3	Chruschtschow im Vatikan ? Italienische Ost-West-Besorgnisse	65
4 - 4a	Oberländer Rücktritt - ein Gebot der politischen Vernunft	96
5 - 6	"Christlich-Demokratische" Politik in der Schweiz? Kein Boden für Vermischung von Politik und Religion	85
7	Blick auf die Zukunft gerichtet Zur Tagung der Seliger-Gemeinde	48

* * *
* *

Echternacher Springprozession

sy - Mit der Abrüstung scheint es so zu sein wie mit der Echternacher Springprozession: Drei Schritte voran, zwei Schritte zurück. Dieser Vergleich drängt sich bei der Lektüre der letzten Nachrichten über die Verhandlungen zur Einstellung der Atomwaffenversuche in Genf und die Ankündigung der französischen A-Bombenexplosion auf. Fast zur gleichen Stunde, da die Sowjets auf der Genfer Konferenz zur kontrollierten Einstellung der Kernwaffenversuche einer neuen Überprüfung der Methoden zur Entdeckung unterirdischer Kernexplosionen zustimmten, erklärte man in Paris, Frankreich werde keineswegs auf die Durchführung der eigenen Atomwaffenversuche in der Sahara verzichten, solange nicht die vollständige atomare Abrüstung und die Vernichtung aller Vorräte an Atomwaffen Wirklichkeit geworden sei.

Die taktischen Ziele, die Paris mit seiner Ankündigung verfolgt, dürften wohl klar sein. Die französische Regierung will noch vor der Gipfelkonferenz vollendete Tatsachen schaffen, um als "gleichwertiger Partner" im Konzert der Großen mitzuspielen zu können. Ob - falls die französische A-Bombenexplosion durchgeführt wird - die Erreichung dieses taktischen Zieles den Verlust an den bereits spärlich gewordenen Sympathien für Frankreich bei den afrikanischen Völkern aufwiegt, ist zweifelhaft. Ob Frankreichs Prestige durch eine eigene Atombombe bei der kommenden Gipfelkonferenz größer wird, ist ebenfalls eine durchaus offene Frage.

Aber nicht nur im Bereich der atomaren Bewaffnung wird das System der Echternacher Springprozession angewandt, sondern auch in jenem der konventionellen Rüstung. Adenauer ließ verkünden, die Bundesrepublik sei bereit, Abrüstungsabkommen der Großen beizutreten, redet sogar von Inspektionszonen, aber fördert durch seine Politik die weitere Aufrüstung Westdeutschlands und erschwert die Diskussionen über eine mögliche Inspektionszone durch überdimensionale Ausmaße.

Durch solche und ähnliche Manöver wird natürlich das notwendige Abrüstungsgespräch zwischen Ost und West gestört. Das ist eine schlechte Politik, die niemandem nutzt, am allerwenigsten uns Deutschen.

Chruschtschow im Vatikan ?

P.E. - Rom

Als sich der italienische Aussenhandelsminister Del Bo kürzlich zu kommerziellen Absprachen in Moskau aufhielt, wurde von russischer Seite der Wunsch geäußert, Italiens Staatspräsident Gronchi möge recht bald der sowjetischen Hauptstadt einen Besuch abstaten. Die offizielle Einladung Gronchis durch den russischen Präsidenten wird ergehen, sobald die italienische Regierung ihr Einverständnis mit der Russlandreise Gronchis bekanntgegeben haben wird.

Dieser Schritt Moskaus hat in Rom erhebliche Verlegenheit ausgelöst und insbesondere die rechtsgerichteten Kreise der Democrazia Cristiana und des Vatikans, vor allem aber den Aussenminister Pella stark verärgert. Mehrfach ist in diesen Kreisen die Vermutung geäußert worden, Minister Del Bo habe die Einladung, die Pella und seinen Gesinnungsgenossen so gar nicht in dem Kram passt, im Auftrag Gronchis geradezu provoziert, um die Regierung vor vollzogene Tatsachen zu stellen. Denn an eine Ablehnung der russischen Einladung ist, wie die Dinge auf weltpolitischer Ebene liegen, kaum zu denken.

Man weist, dass Staatspräsident Gronchi trotz seiner Zugehörigkeit zur Democrazia Cristiana ein entschiedener Vertreter eines politischen Linkskurses ist und dass er seit seiner mit den Stimmen der Linken erfolgten Wahl oft Gelegenheit gehabt hat, seine vom offiziellen Regierungskurs erheblich abweichenden Meinungen mehr oder minder deutlich zu bekunden. Die Aussicht, dass dieser Staatsmann, dem die Rechtskreise mit grösstem Misstrauen gegenüberstehen, demnächst in Moskau als Gesprächspartner Chruschtschows in Erscheinung treten wird, ist also an sich schon wenig geeignet, die Gemüter derjenigen italienischen und vatikanischen Kreise zu beruhigen, die jeder Entspannung im Ost-West-Konflikt grundsätzlich ablehnend gegenüberstehen.

Noch viel besorgniserregender aber sind die Perspektiven, die sich aus einem Gegenbesuch Chruschtschows in Rom ergeben müssten.

Ist Gronchi erst einmal in Moskau gewesen, wird eine Gegeneinladung Chruschtschows natürlich nicht zu vermeiden sein. Eine solche Italienreise des russischen Regierungschefs aber dürfte Folgen nach sich ziehen, die in den Augen der italienischen Rechtskreise geradezu als katastrophal erscheinen müssen.

Vor allem würde die kommunistische Partei Italiens den Anlass benutzen, um ihre nach Millionen zählenden Mitglieder und Mitläufer zu Riesenkundgebungen aufzurufen. Man hat in Rom bereits sorgenvoll überlegt, dass der interkontinentale römische Flughafen Fiumicino nicht vor dem kommenden Sommer benützbar sein wird, dass aber auf dem bisherigen Flughafen Ciampino eine Düsenmaschine von der Grösse der von Chruschtschow benützten "Tupolew" überhaupt nicht landen könnte. Chruschtschow hätte also einen schwer widerlegbaren Vorwand, um per Bahn nach Rom zu reisen und somit ganz Ober- und Mittelitalien in aller Gemächlichkeit zu durchqueren. Wer Italien kennt, weiss, was das bedeuten würde: Spaliere jubelnder Massen längs der Bahngleise von Tarvis bis Rom!

Die allergrössten Sorgen aber bereitet den Gegnern einer internationalen Entspannung die Aussicht auf einen Besuch Chruschtschows im Vatikan. Es muss damit gerechnet werden, dass der sowjetische Ministerpräsident seine Anwesenheit in der Ewigen Stadt nicht vorübergehen lassen würde, ohne eine Unterredung mit dem Papst anzustreben; und man glaubt vermuten zu können, dass Johannes XXIII. gern diese einzigartige Gelegenheit zu einer Unterredung mit dem Führer des Ostblocks ergreifen würde.

Die Sensation eines solchen Treffens wäre kaum durch irgendetwas zu übertreffen, und da bei dem jovialen Temperament beider Männer mit einem zumindest äusserlich heiteren Verlauf dieser Zusammenkunft zu rechnen ist, hätte das Ereignis wahrscheinlich die weitreichendsten psychologischen Wirkungen auf die Weltöffentlichkeit. Der Bolschewismus wäre damit in den Augen von Millionen Katholiken als "salonfähig" anerkannt, und die Bannstrahlen, die der Vatikan bisher gegen ihn und seine Anhängerschaft gerichtet hat, würden im Bewusstsein vieler gläubiger Katholiken völlig in den Hintergrund gedrängt werden.

Oberländer

sp - Seit einigen Monaten steht der Bundesvertriebenenminister Oberländer im Blickfeld der deutschen und internationalen Öffentlichkeit. Die Diskussion über seinen Fall reißt nicht ab. Ausgelöst wurde sie durch die sich auf sowjetrussische Quellen stützende Veröffentlichungen einer Wochenzeitschrift, die schwere Beschuldigungen gegen Oberländer wegen seines Verhaltens im Dritten Reich enthielt. Oberländer konnte bei einem Frankfurter Gericht die Beschlagnahme der betreffenden Zeitschrift erwirken, vor der Bundespressekonferenz in Bonn hat er alle gegen ihn gerichteten Vorwürfe, besonders aus seiner Lemberger Zeit, bestritten und seinen Anklägern ein Gerichtsverfahren angeheftet. Die Bonner Staatsanwaltschaft ließ dieser Tage verlauten, bisher habe sich kein Beweis für eine Mitschuld Oberländers bei den entsetzlichen Greueln gefunden, die sich beim Einmarsch deutscher Truppen im Juli 1941 in Lemberg abspielten. Die Untersuchungen gehen jedoch weiter. Der Bundesvertriebenenminister selbst hat nun die deutsche Sektion der Widerstandskämpfer für ein vereinigtes Europa, der untadelige Männer und bewährte Widerstandskämpfer vieler Nationen angehören, gebeten, die gegen ihn gerichteten Vorwürfe zu überprüfen. Eine Untersuchungskommission wird sich nun unabhängig von deutschen Gerichten mit dem "Fall Oberländer" befassen.

Wie immer die Ergebnisse dieser Kommission sein werden, und zu welchen Schlußfolgerungen auch die Bonner Staatsanwaltschaft kommen mag, eines ist jedoch sicher: der Politiker Oberländer ist untragbar geworden, er bildet wegen seiner ostpolitischen Vergangenheit eine schwere Hypothek für eine neue deutsche Ostpolitik. Ihn noch länger als Vertriebenenminister zu halten, widerspricht allen Geboten der politischen Vernunft und des Takttes, auch dann, wenn sich nicht der Beweis einer Mitschuld an den Lemberger Vorgängen erbringen lassen sollte.

Oberländer gehörte in seiner nationalsozialistischen Vergangenheit zu den aktivsten Befürwortern einer "Ausbreitung und Sicherung des deutschen Lebensraumes" im Osten. Von ihm existiert ein im April 1940 in der Zeitschrift "Neues Bauerntum" erschienenes Exposé, in dem es u.a. heißt:

"Jede Halbheit ist gefährlich. Im Volkstumskampf aber wird sie zum Verbrechen am eigenen Volk. Rom und Griechenland sind an der Vergiftung der rassistischen Struktur zu Grunde gegangen. England und Frankreich gehen einen ähnlichen Weg. Die Eindeutschung der Ostgebiete muß in jedem Fall eine restlose sein. Solche Maßnahmen vollständiger Aus- und Umsiedelung mögen hart erscheinen ... aber eine einmalige Härte ist besser als ein durch Generationen währender Kleinkampf".

Und an anderer Stelle heißt es:

"Die Aufgabe bedingt, daß Millionen fremden Volkstums ersetzt werden ... deutsch sind die neuen Ostgebiete, völkisch erst dann, wenn der letzte Quadratmeter von deutschen Menschen, die in diesem Gebiet bodenständig sind, bebaut wird ... Die Eindeutschung der neuen Ostgebiete ist eine Aufgabe des gesamten deutschen Volkes, aller deutschen Stämme ... Den Zweiflern, die wie wir die Schwierigkeiten sehen, sei gesagt: ein Volk, das mit dem Schwerte das Unmögliche möglich gemacht hat, kann es auch mit dem Pflug. Denn das Schwert war Mittel zum Zweck, der Pflug aber, die neue ostdeutsche Bauernschaft, die den erkämpften Boden mit eigenen Händen bebaut und die Verantwortung für die kommenden Generationen trägt, das ist der Endzweck, bei dem kein Opfer zu groß sein darf".

Das ist Blut- und Bodenpolitik (Blubo) reinsten Wassers. Männer wie Oberländer schufen durch diese Art von "Volkstumspolitik" die Voraussetzungen für die gewaltige Tragödie des deutschen Ostens. Denn was sie den Polen zufügten und zufügen wollten, schlug als Bumerang in der Stunde zurück, als die Hitler-Armeen ins Innere Deutschlands zurückfluteten.

Von Oberländer ist kein öffentliches Reuebekenntnis bekannt, er hat sich kein BÜßerhemd angelegt. Während des Krieges, als sich die Niederlage der Hitler-Armee abzuzeichnen begann, trat auch Oberländer - worauf er sich in der Nachkriegszeit wiederholt berufen hat - für eine bessere Behandlung der Polen ein. Das haben andere auch getan. Sie taten es nicht nur, um vielleicht der Ausrottung der Ostvölker Einhalt zu gebieten, sondern um durch Schonung der Arbeitsfähigen dieser Ostvölker die Effektivität der nationalsozialistischen Kriegsmaschine zu sichern. Sie kamen dabei in Konflikt mit jenen Fanatikern des Dritten Reiches, die, verblendet durch ihren Rassen- und Herrenwahn, solche Mahnungen als unzulässige Einmischung in ihr Zerstörungswerk ansahen.

Dieser Mann hat gewiß seine Hände frei von Blut gehalten. Aber das spricht ihn nicht frei von schwerer intellektueller Mitverantwortung an dem, was im Osten geschah und woran noch manche Generation unseres Volkes zu tragen haben wird.

Oberländer könnte sich selbst und einer auf die Zukunft gerichteten deutschen Ostpolitik den besten Dienst erweisen; würde er seine Ministerherrlichkeit mit der Anonymität vertauschen. Dann gäbe es keinen "Fall Oberländer" mehr.

+ + +

"Christlich-Demokratische" Politik in der Schweiz ?

KvK. - Die Frage, ob es eine sogenannte christliche Politik in der Schweiz geben könnte, stellte vor den Wahlen der als regierungsaffiziös anzusprechende Berner "Bund". Er glaubte dies auch für die Zukunft verneinen zu können und der Ausgang der schweizerischen Parlamentswahlen hat diese Prognose von neuem bestätigt.

Dem Versuch der "Katholisch-Konservativen", die sich als Partei vor zwei Jahren in "Christlich-Konservative Partei" umbenannte, um nach deutschem, österreichischem und italienischem Muster so etwas wie eine christliche Einheitspartei, mit Einschluß der Protestanten, zu schaffen, kann durch die Wahlen als gescheitert bezeichnet werden. Die Katholisch-Konservativen konnten gerade noch ihren Besitzstand halten, während die anderen liberal-bürgerlichen Parteien, inklusiv der "Evangelischen Partei", Stimmen und Mandate gewannen. Wieso ist der Einigungsruuf sowohl des Präsidenten der "Christlich-Konservativen Partei", Bourgnacht, sowie derjenige eines ihrer Vertreter in der Schweizer Regierung, Bundesrat Lepori, bei der Volke und ganz besonders bei den Wählern nicht gehört worden?

Zunächst ist zu sagen, daß die Schweiz ein Land ist, das, weil es die letzten hundert Jahre ohne Krieg hat leben können, die Politik der Realität der Imagination vorzieht. Dann sind die konfessionellen Unterschiede in der Eidgenossenschaft, wenn auch nicht ausgeglichen, so doch in einem relativ gesunden und vorallen Dingen ausgewogenen Verhältnis zueinander. Während die Protestanten ein Kontingent von 56,4 Prozent stellen (Calvin, obwohl Franzose, gründete seine Lehre von Genf aus, und der Calvinismus kann als eine Art schweizerisches Dogma angesprochen werden) stehen ihnen die Katholiken mit 42,2 Prozent gegenüber. Durch diese Auspendelung lebt jede der beiden Konfessionen in einer gewissen geistigen Autonomie, die beide unter dem Dach des Christentums ihre individuelle Weltanschauung vertreten. Sie kommen sich nur bedingt in's Gehege und gehen politisch, bis in die breiten Volksschichten hinein, keine einseitigen Wege. - Elementar gesprochen, überträgt die Bevölkerung größtenteils - von einigen kantonalen Ausnahmen abgesehen - ihre politische Überzeugung nicht in ein Parteibuch, sondern lediglich auf die Soll- und Habenseite des Staatswohlstandes.

Außerdem darf nicht vergessen werden, daß gerade die Schweiz das Land der S e k t e n ist, auf die sich 99 Prozent ihrer Anhänger aus dem evangelischen Glaubensbekenntnis Gekommenen verteilen, so daß die Protestanten nicht als eine geschlossene, in's Politische zu übertragene Einheit angesprochen werden können. Wenn die "Katholisch-Konservativen" durch ihre Namensänderung annahmen, damit sei die Voraussetzung für eine ähnliche Partei wie die deutsche CDU/CSU gegeben, so hat sie bei ihren Überlegungen ein schwerwichtiges Argument einzukalkulieren vergessen. Die Schweiz hat nämlich keinen Hitler gehabt, der eine Art Christenverfolgung in die Wege leitete. Diese bereitete in Deutschland

den Boden vor, auf dem sich die Katholiken, die größtenteils im alten Zentrum vereinigt waren, mit den Protestanten in der Abwehr trafen. Dadurch kamen sie überhaupt erst in eine interkonfessionelle Verbindung, um nach dem Zusammenbruch dann das große bürgerliche Sammelbecken vom alten Zentrum bis zu den protestantischen Politikern abzugeben. Es galt auf der einen Seite, die bis in's Mark gehenden Nachwehen des Nationalsozialismus auch auf weltanschaulichem Gebiet zu überwinden und dem von Hitler-Krieg in's Land geholten Kommunismus, zusammen mit der sozialdemokratischen Opposition, von einer breiten Bastion aus zu wehren und die Kräfte nicht zu verzetteln.

Eine solche Aufgabe wurde der Schweiz nie gestellt.

Sie brauchte lediglich das durch den Krieg nur teilweise unterbrochene politische Leben mit neuen Impulsen zu versehen. Die alten Parteien hatten ja nie aufgehört zu existieren und die Richtigkeit ihres Wirkens bestätigt. Auch die den Katholisch-Konservativen nahestehenden konfessionellen Verbände und Vereine, wie "Katholischer Turnverein", "Katholischer Gesangverein", ja selbst die konfessionellen Sportverbände waren nie behindert worden und setzten ihre Arbeit in Ruhe fort. Eine Union mit den Protestanten zu bilden, bestand für keinen eine Notwendigkeit.

Nur einmal in der Geschichte der Schweiz war den Bemühungen einer gesamtconservativen überkonfessionellen Verbindung Erfolg beschieden. Das war in den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts, als es nach dem Kulturkampf um die Totalrevision der Bundesverfassung durch die Liberalen ging und sich Protestanten und Katholiken gemeinsam gegen die Zentralisierungsbestrebungen im Staate zur Wehr setzten. Aber diese interkonfessionelle Vereinigung fand lediglich in den deutsch sprechenden Kantonen Widerhall und zerfiel genau so schnell, wie sie entstanden war. Diese Tatsache bekräftigt die eben aufgestellte These von dem Fehlen einer höheren Gewalt, die in der Schweiz - wäre sie akut geworden - vielleicht so etwas ähnliches - als Defensivmaßnahme - wie eine Christlich-Demokratische Union, hätte entstehen lassen können. Sie wäre aber wahrscheinlich, nach vollzogener Abwehr, wieder auseinander gegangen, rein aus der Mentalität des schweizerischen Bürgers heraus.

Die schweizerische politische Uhr ist seit Jahrzehnten so eingependelt, daß der Wähler sie sich nicht von außen aufziehen läßt, oder sie gar mit Aggregaten versieht, die seinem eigenen Werk artfremd sind.

+ + +

Blick auf die Zukunft gerichtet

Die "Seliger-Gemeinde", ein Zusammenschluss von Frauen und Männern aus der sudetendeutschen Arbeiterbewegung, hielt vom 30. 10. bis 1. 11. 1959 ihre Jahrestagung in Brannenburg ab. Im Mittelpunkt der intensiven Arbeitstagung stand das Referat des Bundesvorsitzenden Wenzel Jaksch, MdB, "Wir und Osteuropa". Mit diesem Referat hat die Seliger-Gemeinde gezeigt, dass sie sich konstruktiv mit den Fragen der Vertriebenen auseinandersetzt. Wir geben einige Grundgedanken des Referates von Jaksch wieder:

Osteuropa darf nicht als ein historisches Niemandsland betrachtet werden. In einigen dieser Länder haben auch deutsche sozialistische Parteien gewirkt oder sind als deutsche Sektionen den dortigen freien Arbeiterbewegungen angeschlossen gewesen. Die kämpferischen Erlebnisse der sudetendeutschen Sozialdemokratie, der deutschen Sozialisten in Polen, der rührigen deutschen Sektion in der ungarischen Sozialdemokratie, der guten sozialistischen Kräfte aus Siebenbürgen, der Batschka und aus den deutschen Siedlungsgebieten Jugoslawiens stellen einen unausgeschöpften Born von Erfahrungen dar. Die Seliger-Gemeinde wird sich um eine engere Zusammenarbeit mit den deutschen Sozialisten aller osteuropäischen Länder bemühen, damit deren Kenntnisse und Erfahrungen einer konstruktiven deutschen Osteuropapolitik nutzbar gemacht werden können.

Durch die Entscheidung von Potsdam ist die Bundesrepublik politisches Grenzland geworden. Damit fallen ihr Aufgaben zu, um deren Lösung sich die Deutschen Österreichs durch ein Jahrhundert redlich bemüht haben. Im deutschen Europadenken muss die Unterschätzung Osteuropas überwunden werden. Zwischen Deutschland und der Sowjetunion leben 80 Millionen Menschen, die biologisch, industriell und kulturell im Aufstieg begriffen sind. Von diesen Völkern muss man in der Bundesrepublik eine reale Vorstellung gewinnen. Eine deutsche Jugend, die sich zu Europa bekennt, hat das Monopol westlicher Sprachen zu beseitigen und auch polnisch, tschechisch, slowakisch, madjarisch oder rumänisch zu lernen. Wer das Kräftespiel der Staatenwelt Osteuropas verfolgen will, muss die verschiedene Mentalität der Polen in ihren einzelnen Landesgebieten ebenso wie die der Rumänen und Madjaren beachten.

Wenzel Jaksch lehnte für eine künftige Lösung der tschechisch-sudetendeutschen Frage alle Konzeptionspielereien ab. Die Sudetendeutschen werden niemals auf Heimatrecht und Selbstbestimmung verzichten. Aber sie können auch nicht allein das künftige Bild Ost-Mittleuropas bestimmen. Auf lange Sicht gesehen ist die Wiederherstellung der alten freundschaftlichen Beziehungen zwischen der deutschen Demokratie und den Völkern des Donauraumes erstrebenswert. Dieses Ziel muss jedoch mit dem Blick auf die Lebensnotwendigkeiten Gesamtauropas angestrebt werden. Die Herstellung diplomatischer Beziehungen zu allen Staaten Osteuropas ist wünschenswert, doch der Weg zu einer gerechten Friedenslösung dürfte durch keine deutschen Vorleistungen verbaut werden.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel